



Abstimmung vom 23.9.2018

Das Portemonnaie entscheidet: Fair-Food-Initiative scheitert an befürchteten Preissteigerungen

Abgelehnt: Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)»

Moritz Schley

Empfohlene Zitierweise: Schley, Moritz (2019): Das Portemonnaie entscheidet: Fair-Food-Initiative scheitert an befürchteten Preissteigerungen. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Urheberin der Fair-Food-Initiative ist die Grüne Partei. Ihr Ziel ist es, den Bund bei der Versorgung der Bevölkerung mit fair, tier- und umweltfreundlich produzierten Lebensmitteln stärker in die Verantwortung zu nehmen. Die nötigen Unterschriften sammelt sie gemeinsam mit dem Schweizer Tierschutz, der Kleinbauernvereinigung und der Entwicklungshilfeorganisation Swissaid.

Der Bundesrat äussert in seiner Botschaft zur Initiative zwar Verständnis für deren Stossrichtung, empfiehlt dem Parlament aber gleichwohl eine Ablehnung, da sie nur schwer mit bestehenden Handelsabkommen der Schweiz zu vereinbaren sei und in der Umsetzung einen grossen bürokratischen Aufwand erfordern würde.

In National- wie Ständerat kämpfen die Grünen auf verlorenem Posten, die bürgerlichen Mehrheiten folgen dem Bundesrat. SVP, FDP, BDP und CVP sprechen sich gegen die Initiative aus, weil sie keinen Handlungsbedarf sehen und steigende Preise, eine Verstärkung des Einkaufstourismus und überbordende Bürokratie befürchten. Sie lehnen deshalb auch einen direkten Gegenentwurf aus den Reihen der Sozialdemokraten ab, der die tier- und umweltfreundliche Produktion nicht zwingend fordert, aber finanziell unterstützen möchte. Die GLP befürwortet den Gegenentwurf, die SP ist gespalten. Einige ihrer Fraktionsmitglieder bevorzugen den Gegenentwurf, andere die Initiative, manche lehnen beide Vorschläge mit der Begründung ab, dass es zu einer generellen Erhöhung der Lebensmittelpreise kommen könnte. In der Schlussabstimmung stimmen der Nationalrat mit 139 zu 37 Stimmen und der Ständerat mit 34 zu 1 Stimme deutlich gegen die Fair-Food-Initiative. Die Ja-Stimmen kommen fast ausschliesslich aus dem linksgrünen Lager.

GEGENSTAND

Die Fair-Food-Initiative verlangt, dass importierte Lebensmittel grundsätzlich den schweizerischen Auflagen betreffend Tier- und Umweltschutz genügen und unter fairen Arbeitsbedingungen produziert werden sollen. Ausnahmen wären aber möglich. Zudem soll der Bund regionale und saisonale Produkte fördern, umwelt- und klimaschädliche Auswirkungen reduzieren und Massnahmen gegen die Verschwendung von Lebensmitteln ergreifen.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Neben den Grünen beschliessen nur SP und EVP die Ja-Parole. Die GLP votiert für Stimmfreigabe. SVP, FDP, CVP und BDP empfehlen ein Nein, wobei die relativ stark bäuerlich geprägten Waadtländer SVP- und BDP-Sektionen sich dem Ja-Lager anschliessen. Dass die Initiative im bäuerlichen Lager gewisse Sympathien geniesst, zeigt sich auch daran, dass der Bauernverband Stimmfreigabe beschliesst.

Die Befürwortenden argumentieren, dass die Fair-Food-Initiative für eine ökologische Agrarwende Sorge. Um die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, bedürfe es einer nachhaltigen Landwirtschaft. Konsu-

mentinnen und Konsumenten sollen, unabhängig von der in- oder ausländischen Herkunft der Lebensmittel, gesund und mit gutem Gewissen essen können.

Das Nein-Komitee bekämpft nicht nur die Fair-Food-Initiative, sondern gleichzeitig auch die gleichzeitig zur Abstimmung stehende Initiative für Ernährungssouveränität (vgl. Vorlage 622). Obwohl sich die beiden Initiativen inhaltlich deutlich unterscheiden, gelten sie der Gegnerschaft als gemeinsames Übel. Sie warnen vor steigenden Preisen, weniger Auswahl, Bevormundung und einem grossen Kontrollaufwand.

Umstritten sind im Abstimmungskampf die Auswirkungen auf die Preise von Lebensmitteln in der Schweiz. Während der Wirtschaftsverband Economiesuisse bei einer Annahme der Initiative eine Steigerung der Lebensmittelpreise um rund 50 Prozent prognostiziert, erwartet das Initiativkomitee höchstens geringfügige Auswirkungen auf die Preise. Der Bauernverband rechnet mit einigen wenigen Prozent Verteuerung. Der Bund geht ebenfalls von einer Verteuerung aus, will sich aber auf keine Zahlen festlegen, da diese von der konkreten Umsetzung durch das Parlament abhängen würden.

Von den drei Vorlagen, über die am 23. September 2018 abgestimmt wird, wird der Fair-Food-Initiative in den Medien am meisten Aufmerksamkeit zuteil (fög 2018). In der Inseratekampagne überwiegen die Anzeigen des Nein-Komitees, wobei die Intensität der Kampagne im langjährigen Vergleich unterdurchschnittlich ist (Heidelberger/Bühlmann 2018).

ERGEBNIS

Bei einer niedrigen Stimmbeteiligung von 37,5 % sprechen sich 38,7% der Stimmenden für die Fair-Food-Initiative aus. Während die Initiative in den Westschweizer Kantonen Genf (63,9%), Waadt (63,8%), Jura (58,9%) und Neuenburg (57,1%) eine Ja-Mehrheit erzielt, bleibt sie in der Deutschschweiz chancenlos. Am deutlichsten fällt das Verdikt in Obwalden (20,4% Ja), Nidwalden (22,5% Ja) und Schwyz (22,6% Ja) aus.

Die Voto-Nachbefragung (Tresch et al. 2018) zeigt, dass die Kernanliegen der Fair-Food-Initiative zwar bei einer grossen Mehrheit auf Zuspruch stiessen, die Angst vor steigenden Lebensmittelpreisen jedoch überwog. Letzteres war für die Mehrheit der Stimmenden ausschlaggebend für den Entscheid, die Initiative abzulehnen.

QUELLEN

fög (2018). *Abstimmungsmonitor zu den Vorlagen vom 23. September 2018, Bericht vom 21. September 2018*. Zürich: Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich.

Heidelberger, Anja, und Marc Bühlmann (2018). *Inseratekampagnen zu den Abstimmungen vom 23. September 2018. Zwischenstand vom*

14.9.2018. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Künzler, Johanna, Laura Salathe und Karel Ziehli (2019). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Fair-Food-Initiative, 2014-2018*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.6.2019.

Tresch, Anke, Laurent Bernhard, Lukas Lauener und Laura Scaperrotta (2018). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 23. September 2018*. Aarau, Lausanne, Luzern: ZDA, FORS, LINK.

Pressebeiträge: Tages-Anzeiger vom 20.8.2018.

Amtliches Bulletin: AB NR 2017 1560. AB NR 2017 1659. AB SR 2018 35.